

Dr. Michael Wolf, 11. Oktober 2024

## Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Jung,  
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

Panthei – alles fließt, vieles ist im Umbruch. Die Welt und damit auch die Kirche steht nicht still. Entgegen meiner sonstigen Struktur des Berichts zur Lage möchte ich heute mit zwei kirchlichen Themen beginnen.

In Rom arbeitet zurzeit die Weltsynode. Ich lese mit Interesse die Berichte in den Zeitungen aber auch online. Es scheint so, dass sich vielleicht doch etwas bewegt in diesen bewegten Zeiten. Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen, aber auch die weiteste Reise beginnt mit einem ersten Schritt.

Das Ausklammern kritischer Themen wie „Amt und Frau“ scheint nicht so ganz aufzugehen und es gibt offensichtlich eine gewisse Gesprächsbereitschaft von Seiten der Kirchenleitung. Das ist für mich ein Hoffnungszeichen – wie die die ganze Synode, die ich mir von der Zusammensetzung zwar anders wünschen würde, die ich aber trotzdem gutheiße. Die Kirche darf sich zwar nicht dem Zeitgeist beugen – dazu ist unsere Botschaft zu wichtig – aber sie darf auch nicht stillstehen. Dann würde die Zeit über uns hinweggehen. Ich habe aber das Empfinden, dass die Weltsynode sich eigentlich zu einer ständigen Synode hin entwickeln muss. Es ist wichtig, dass wir innerkirchlich miteinander und nicht nur übereinander reden und dafür scheint dieses Forum das Richtige zu sein.

Wichtig ist mir auch, dass Rom wahrnimmt, dass unser Synodaler Weg nicht in Richtung einer Nationalkirche protestantischen Zuschnitts führt. Nach den letzten Besuchen in Rom durch Delegationen der DBK und des ZdK – leider getrennt – könnte dies bei den relevanten Stellen angekommen sein.

Ich bin gespannt, wie sich die Synode weiterentwickelt. Um einen kleinen Einblick in das Innenleben der Synode zu erhalten, empfehle ich Ihnen SMS – die Synode mit Söding, die das ZdK jeden Tag veröffentlicht und die von Professor Thomas Söding täglich herausgegeben wird. Sie finden sie im Internetauftritt des ZdK.

Ein Höhepunkt dieses Jahres war für mich die Wallfahrt nach Irland, von der wir am Sonntagabend zurückgekehrt sind. Es waren fünf sehr dichte, emotionale Tage. Für mich war die Begrüßung der Reliquien in Maynooth ein Höhepunkt. Die Päpstliche Universität und das irische Priesterseminar bieten ein Setting, das an die Harry Potter Filme erinnert.

Faszinierend, berührend, staunend hat mich dann die Ankunft der Reliquien in Mullagh hinterlassen. Mit einer solchen feierlichen Begeisterung – ein anderer Begriff fällt mir hier nicht ein – habe ich nicht gerechnet. In einer Nachtwanderung wurden die Reliquien von der Quelle an der Kilian der Sage nach geboren wurde, vorbei am See zur Pfarrkirche von Mullagh, zustandsgemäß im Leichenwagen von Shane P. O'Reilly gefahren. Auf dem Berg von Mullagh brannte dabei ein großes Feuer und immer wieder war das Röhren eines keltischen Horns vom Berg zu hören, wenn nicht gerade gesungen wurde. Für mich äußerst beeindruckend, auch wenn ich von der gespielten Rückkunft von Kilian, Kolonat und Totnan leider nichts mitbekommen habe. Wer am Ende des Zuges läuft, kommt erst, wenn die Highlights schon vorbei sind.

Unsere Gastgeber haben sich massiv ins Zeug gelegt. Für mich stellt sich heute die Frage, wie wir in Zukunft mit unseren Partnern in Mullagh umgehen. Sie kommen schon seit Jahren regelmäßig zur Kiliani-Prozession nach Würzburg. Vielleicht könnte sich etwas ähnliches auch für eine Würzburger Delegation ergeben? Mullagh ist schneller zu erreichen als Mbinga und Obidos.

Damit möchte ich heute mit den kirchlichen Themen schließen und meinen Blick der politischen Situation zuwenden.

Vor fast genau einem Jahr stand ich an gleicher Stelle und war über den Angriff der Hamas auf Israel entsetzt. Über 1.000 Tote, 250 Entführte. Eine Zäsur in der Geschichte des Heiligen Landes und ein Angriff auf das Existenzrecht Israels.

Israel wurde 1948 gegründet und befindet sich seit diesem Zeitpunkt eigentlich kontinuierlich im Krieg um seine Existenz. Bereits am Tag nach der Gründung wird Israel von den Nachbarstaaten angegriffen und muss um sein Überleben kämpfen.

Ich stehe auch heute, ein Jahr nach dem Hamas Angriff, noch immer hinter dem damals gesagten. Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung. Aber, es gilt wie immer im Leben, die „rechte Balance“ zu finden. Aktuell befindet sich der Nahe Osten in einer Spirale der Gewalt, die es zu unterbrechen gilt. Neben den legitimen Zielen in einem Krieg gibt es – wie immer – Kollateralschäden. Medizinisches Personal – das auch von der Genfer Konvention geschützt wird – und auch Blauhelme kommen unter Feuer, ganz zu schweigen von der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Die, die Leben retten und den Frieden bewahren werden – gewollt oder ungewollt – Opfer des Konflikts.

Es ist nun nach über 75 Jahren Krieg an der Zeit, dass Friede einkehrt im Heiligen Land. Das Kämpfen muss ein Ende haben – Israel und seine Bevölkerung haben Existenzrecht und die palästinensischen Flüchtlinge müssen das Elend der Camps verlassen können. Dazu bedarf es aber Kommunikation und Einsicht auf beiden Seiten – dingend. Politisch muss hier ein Kompromiss gefunden werden, der vielleicht beiden Seiten Schmerzen zufügt aber ein Zusammenleben ermöglicht. Ich bin der festen Meinung, Frieden ist möglich. Das zeigt unsere eigene deutsche Geschichte: Für meinen Urgroßvater waren wohl unsere französischen Nachbarn Erbfeinde, mein Großvater sah das nach der Gefangenschaft in der französischen Zone, die ihn fast das Leben gekostet hat, wohl ähnlich. Trotzdem – nach dem Krieg hat sich dank der Politiker auf französischer und deutscher Seite ein neues Verhältnis zwischen unseren Völkern entwickelt und Franzosen als „Erbfeinde“ zu betrachten wird wohl bei den allermeisten hier und in ganz Deutschland – und ich zähle mich hier zu genau dieser Gruppe – Unverständnis hervorrufen.

Gerade wir in Deutschland haben die Aufgabe den jüdischen Staat hierbei zu unterstützen oder zumindest zu versuchen ihn auf die Schiene in Richtung Frieden zu setzen. Unsere Vergangenheit und die durch die Judenvernichtung im Dritten Reich auf uns geladene Schuld, verlangt danach.

Und in diesem Zusammenhang müssen auch wir in Deutschland und Europa uns selbst reflektieren. Wie kann es sein, dass im Jahr 2024 der Antisemitismus wieder zunimmt? Wie kann es sein, dass sich unsere jüdischen Mitbürger wieder bedroht fühlen? Auch wenn man

mit der Reaktion Israels auf den Angriff vom 07. Oktober 2023 nicht einverstanden ist, gibt das noch lange nicht das Recht, Juden – also Angehörige einer Glaubensgemeinschaft – verbal oder körperlich anzugreifen. Ich denke, hier sollten sich alle dem Grundgesetz verpflichtet fühlen: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Aber wir müssen auch besonders unser eigenes Verhalten reflektieren. Die letzten Landtagswahlen haben der extremen Rechten einen Zulauf beschert, der schon fast unglaublich war. In Thüringen – wo wir den letzten Katholikentag feiern durften – kommt die AfD auf 32,8% der Wählerstimmen und wird stärkste Kraft. In Sachsen erringt sie 30,6% der Stimmen und in Brandenburg erreichten sie 29,2% der Stimmen. Das gibt mir zu denken.

In den Reichstagswahlen im November 1932 erreichte die NSDAP einen Anteil von 33.1% der Stimmen. Das liegt sehr nahe an den Ergebnissen der Landtagswahlen und sollte uns alle aufrütteln. Unsere Situation heute ist eine völlig andere als die damals. Ja, auch wenn das Wirtschaftswachstum leicht negativ ist, so sind wir noch immer in einer viel sichereren Lage als die Bevölkerung 1932. Wir klagen auf einem hohen Niveau.

In diesem Zusammenhang begrüße ich den aktuellen Vorschlag, das Bundesverfassungsgericht besser vor willkürlichen Änderungen von Seiten der Politik zu schützen. Eine Zweidrittelmehrheit für Änderungen an der Struktur ist eine gute Ausgangsbasis, um die Unabhängigkeit des Gerichts sicherzustellen. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit gesehen, wie schnell die Politik Einfluss auf die Gerichtsbarkeit nehmen kann. Denken Sie nur an Polen oder das schon angesprochene Israel. Dass sich in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Initiative aus den Regierungsparteien und Teilen der Opposition gebildet hat, ist begrüßenswert. Sicherlich muss die Opposition der Regierungsmehrheit Alternativen vorschlagen und deutlich auf Fehler in geplanten Gesetzen und Verordnungen hinweisen. Aber in Zeiten der Bedrohung – und so interpretiere ich die Wahlergebnisse – müssen die demokratischen Parteien zusammenstehen. Ich hoffe, dass diese Initiative sich erst nach einem entsprechenden Votum des Bundestags wieder auflöst.

Und wenn wir schon bei der Gesetzgebung sind, lassen Sie mich noch einen kleinen Exkurs hin zu einem Dauerbrenner der letzten Jahre machen: Der leidige Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in deren Empfehlung folgendes gesagt wird: „*Die grundsätzliche Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in der Frühphase der Schwangerschaft ist nicht haltbar*“. Die aktuelle Lösung mag für die Katholische Amtskirche nicht tragbar sein, aber sie ist eine hart umkämpfte und hat mit ihrer Verpflichtung zur Beratung einen klaren Ansatz zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Donum Vitae danken, die sich der Beratung und dem damit möglich gewordenen Schutz des Lebens verpflichtet hat. Die Organisation existiert am 24. September dieses Jahres seit 25 Jahren und setzt sich seit diesem Zeitpunkt auch gegen den Widerstand von Teilen der verfassten Kirche für das ungeborene Leben ein. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an Norbert Baumann erinnern, den Vorgänger von Karl-Peter Büttner im Amt des Diözesanratsvorsitzenden, der zu den Gründungsmitgliedern von Donum Vitae gehört und im letzten Jahr mit der Franz-Eser-Medaille des Landeskomitees der Katholiken in Bayern für seine Verdienste um Donum Vitae ausgezeichnet wurde. Er trat 2006 nicht mehr als Kandidat für den Vorsitz des Würzburger Diözesanrats an, um unseren Bischof vor Konflikten mit Rom zu bewahren. Hier kann ich nur

symbolisch meinen Hut ziehen und ihm für die Arbeit – auch unter widrigen Umständen – zu danken. Aber zurück zum Thema.

Wenn sich die Empfehlung der Arbeitsgruppe in Gesetzesform wiederfinden sollte, dann wird die Beratung entfallen. Die Entscheidung über Abtreibung oder nicht wird dann in einer einsamen Entscheidung fallen. Ich glaube, damit würden wir die Schwangeren allein lassen. Wir können dann keine Alternativen zur Abtreibung aufzeigen und so das ungeborene Leben schützen.

Ebenso mögeln wir uns um die wissenschaftliche und ethische Beantwortung der Frage: Wann beginnt das menschliche Leben oder „ab wann ist man Mensch“. Wir mögen diese Frage aus unserem Glauben heraus beantwortet haben, wir brauchen aber für die nichtkirchlichen Kreise eine weitere, wissenschaftliche Ergänzung.

Lassen Sie mich noch einen weiteren weltlichen Punkt ansprechen: Das Leben in Deutschland ist teuer. Gestern erst wurde in einem Beitrag in den Tagesthemen des ZDF berichtet, dass Ryanair 22 Strecken nicht mehr bedienen und das Angebot um 1,8 Millionen Sitzplätze reduzieren will. Als Grund werden die hohen Steuern aber auch Kosten für Dienstleistungen wie die Sicherheitsabgabe an deutschen Flughäfen angegeben. Lassen wir die Kirche im Dorf – ich kann auch als Vielflieger gut ohne Ryanair leben. Wer schon mal mit ihnen geflogen ist, wird mich verstehen. Aber, die Kosten steigen – zugegebenermaßen auch die Löhne – und die Schere zwischen Reich und Arm geht noch weiter auf. Hier braucht es einen grundlegenden Ansatz, um eine gerechte Bezahlung für die geleistete Arbeit zu erreichen. Auch in Ballungsgebieten wie München oder Frankfurt muss es einer Handwerkerfamilie möglich sein, ohne staatliche Unterstützung vom ihrer Hände Arbeit zu leben. Wenn das nicht möglich ist, dann muss doch überlegt werden: Wieso? Die Unterstützung des Staats für Bedürftige ist notwendig, bitte verstehen Sie mich richtig. Dabei ist es mir egal, ob wir von Sozialhilfe oder Bürgergeld sprechen. Wir brauchen eine staatliche Bezuschussung an vielen Stellen, um ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten. Ich sehe es aber als Aufgabe der Politik hier Maß walten zu lassen. Arbeit muss sich lohnen und wer sich in einer Notsituation befindet, dem muss geholfen werden. Das Ziel muss aber sein, dass sie oder er wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Ein Leben aus den sozialen Sicherungssystemen nur weil es möglich ist, sollte nicht Ziel sein.

Und in diesem Zusammenhang eine Bitte: Bitte verbinden Sie diese staatliche Unterstützung Bedürftiger nicht mit dem Thema „Asyl, Flucht und Migration“. Es handelt sich hier auch im deutschen Recht um drei unterschiedliche Fälle. Asyl ist im Grundgesetz in Artikel 16a des Grundgesetzes geregelt – und hieran sollten wir festhalten. Ich habe schon an unsere Geschichte zwischen 1933 und 1945 erinnert. Hieraus sollten wir lernen und den Nationen dankbar sein, die unsere Landsleute damals aufgenommen haben.

Flucht als Auswirkung kriegerischer Auseinandersetzungen ist jedoch vom Asyl zu unterscheiden. Hier gilt die Genfer Flüchtlingskonvention, die ins deutsche Recht übernommen wurde. Hier wird subsidiärer Schutz angeboten. Diesen können wir meiner Meinung nach nicht verweigern. Wer an Leib, Leben und Gesundheit bedroht ist, dem muss geholfen werden, solange diese Bedrohung andauert.

Last but not least haben wir den Personenkreis, den man landläufig als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet. Sie sind in der Heimat nicht wirklich bedroht, sind aber

auf der Suche nach einem besseren Leben – oder wir es in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung steht der Suche nach „life, liberty and the pursuit of happiness“. Hier sind sicherlich andere Maßstäbe anzusetzen und eine Steuerung ist möglich und – nicht nur rechtlich – geboten. Schon der Arbeitssuchenden wegen: Der illegale Transit von der Türkei nach Griechenland kostet einige Hundert bis zweitausend Euro wenn man sich einem Seelenverkäufer oder einen völlig überladenen Schlauchboot anvertraut und mehrere Tausend Euro für einen Schnellboot-Transfer. Für die meisten Flüchtlinge weit mehr als der Jahresverdienst. Geld wird damit massig verdient. Die Zeitschrift Wirtschaftswoche hat den Gewinn der Schlepper zwischen 11.000 und 70.000 Euro für ein Boot mit 40 Personen berechnet. Umsonst gibt es dabei die Lebensgefahr. Auch wenn das Mittelmeer nicht der Atlantik ist, ist das Meer gefährlich.

Hier gilt es durch geeignete Entwicklungshilfemaßnahmen – ich weiß, dass man lieber von wirtschaftlicher Zusammenarbeit spricht – die Lebensumstände in den Herkunftsländern zu verbessern. Ein Verringern der Mittel oder gar die Streichung scheint mir hier nicht die richtige Lösung zu sein. Damit treiben wir diese Länder in die Hände Chinas. China betreibt keine Entwicklungs- sondern eine Expansionspolitik. Wenn ich in unser Partnerbistum Mbinga schaue und den Einfluss der chinesischen Wirtschaft vom Straßenbau bis hin zu den Haushaltsgütern sehe, dann wird da nicht für das Empfängerland gearbeitet. Ich habe da eher das Gefühl, dass da in koloniale Gepflogenheiten abgeglitten wird: Rohstoffe aus dem Land holen und Konsumgüter in den neu erschlossenen Absatzmarkt exportieren.

Soweit der Bericht des Vorsitzenden zur Lage. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.